

Der Frauenstreik zeigt politisch schon Wirkung.

Vaterschaftsurläubchen und ein Strauss Vorstösse

Wie sehr der Frauenstreik auch im Bundeshaus wirken wird, zeigt sich bald. Bisher war's nur ein Bitzeli. Aber innerhalb und ausserhalb des Parlaments läuft vieles.

600'000 Frauen (und ein paar Männer) auf der Strasse für Gleichberechtigung. Nach Jahrzehnten gleichstellungspolitischer Trippelschrittchen der bürgerlichen Mehrheit ein klares Signal. Und eines, das schon in den ersten Tagen nach diesem historischen 14. Juni Wirkung zeigte. Zumindest ein wenig.

Der Ständerat konnte sich am Dienstag nach dem Frauenstreik doch noch zu einer Zielvorgabe für Verwaltungsräte und Geschäftsleitungen grosser börsenkotierter Unternehmen durchringen. Die superweiche Formulierung im Aktiengesetz schreibt vor: jedes Geschlecht soll in Verwaltungsräten zu mindestens 30 Prozent vertreten sein und in Geschäftsleitungen zu 20 Prozent.

Sanktionen bei Verstössen gibt es keine. Tags darauf lehnte der Ständerat dann zwar die zurückhaltende Initiative für vier Wochen Vaterschaftsurlaub ab, stimmte aber - was lange nicht sicher war - immerhin für einen Gegenvorschlag mit 2 Wochen. Die SP verlangt 50 Wochen, und ein Komitee denkt über eine Initiative für 38 Wochen nach.

Nächster Dauerbrenner

Schon in der Herbstsession - es ist die letzte dieser Legislatur - haben die Räte mehrere Gelegenheiten, zu zeigen, dass sie die Botschaft des 14. Juni tatsächlich verstanden haben. Dann stehen gleich mehrere gleichstellungspolitische Dauerbrenner auf den Traktandenlisten:

- **Lohnleichheit:** Jede erwerbstätige Frau wird während ihres Arbeitslebens im Durchschnitt um 335'000 Franken Lohn betrogen. Das zeigen aktuelle Berechnungen des Berner Büros für arbeits- und sozialpolitische Studien (BASS) im Auftrag von Work, Die Grüne Franziska Teuscher reichte bereits 2013 eine parlamentarische Initiative ein: für eine ständige Kommission zur Überwachung der Lohnleichheit. Im Herbst wird diese endlich im Parlament behandelt.
- **Pflegeurlaube** Den überwiegenden Teil der unbezahlten Care-Arbeit leisten Frauen. Um Arbeitnehmende zu entlasten, die kranke Angehörige pflegen, hat der Bundesrat eine weiche Vorlage für einen sogenannten Pflegeurlaub erarbeitet. Sie kommt im Herbst in den Nationalrat.
- **Individualbesteuerung:** Die gemeinsame Veranlagung Verheirateter bei den Steuern führt dazu, dass es sich für viele Paare nicht lohnt, wenn die Frau arbeiten geht. Der Lohn für ein Teilpensum geht fast vollständig für die höhere Steuerrechnung drauf. Von den Kita-Kosten ganz zu schweigen. Bei der Individualbesteuerung werden Ehepartnerin und Ehepartner für ihr Einkommen getrennt besteuert. Bislang ist jeder Vorstoss am Widerstand der „Ernährerfraktion“ gescheitert. Im Ständerat beschäftigt sich aktuell die Wirtschaftskommission mit einem neuen Anlauf. im Herbst die Räte. Jetzt macht die Berner FDP-Nationalrätin Christa Markwalder mit einem weiteren Vorstoss Druck.

Neue Vorstösse

Apropos Druck: Im Nachgang zum Frauenstreik haben fortschrittliche Parlamentarierinnen und Parlamentarier etliche frauenpolitische Vorstösse eingereicht. Ein paar Beispiele: Sexualisierte Gewalt und sexuelle Belästigung: jede zweite Frau in der Schweiz wurde schon sexuell belästigt, jede fünfte Frau wurde Opfer ungewollter sexueller Handlungen, jede achte Frau in der Schweiz wurde schon vergewaltigt. Das ist das erschreckende Ergebnis einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts gfs.bern. Nach dem Frauenstreik haben jetzt sechs Nationalrätinnen aus sechs Parteien sechs Interpellationen eingereicht. Mattea Meyer (SP), Sibel Arslan (Grüne), Rosmarie Quadranti (BDP) Christine Bulliard (CVP), Isabelle Moret (FDP) und Kathrin Bertschy (GLP) fragen den Bundesrat unter anderem: Warum fehlen in der Kriminalstatistik verlässliche Zahlen zu sexueller Gewalt? Warum ist die Entschädigung für Opfer so tief und kann auch noch wegen „Selbstverschuldens“ gekürzt werden? Warum gibt es bisher keine schweizweite Aufklärungskampagne zu sexualisierter Gewalt? Warum wird das Sexualgesetz nicht so revidiert, das Opfer besser geschützt und Täter angemessen bestraft werden können?

Auf die sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz fokussiert der Vorstoss der Berner SP-Nationalrätin Flavia Wasserfallen. Er verlangt für Firmen mit über 50 Angestellten eine externe Ansprechstelle und eine Verdoppelung der Opferentschädigung durch Arbeitgeber von heute maximal möglichen sechs auf zwölf Monatslöhne.

Clemens Studer.

Work online, 28.6.2019.

Personen > Studer Clemens. Vaterschaftsurlaub. Wok online, 2019-06-28